

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, den 23. April, alles heraus zur
Massenversammlung

im Lunapark. Es spricht der Genosse
A. Sandner
Spitzenkandidat des Wahlkreises Breslau

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorbe-
haus). Fernsprecher 430 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Heute Erwerbslose und Betriebsarbeiter heraus!

Ihr Erwerbslosen! Alle haben euch verraten, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten. Wo diese Parteien regieren, wird die Unterstützung abgebaut. Sozialdemokratische und Nazi-Erwerbslose, eure Führer treiben euch in Elend und Not. Marschier heute am Reichserwerbslosentag als Teil der großen proletarischen Freiheitsarmee gegen Hunger, für Arbeit und Brot auf! Nur Räte-Deutschland bringt Brot und Arbeit für sechs Millionen Hungernde. Denn wo Kommunisten regieren, werden neue Betriebe eröffnet.

Ihr Betriebsarbeiter und Angestellte, denen man von neuem den Lohn abbauen will! Auch ihr müßt heute am Reichserwerbslosentag mit euren erwerbslosen Klassengenossen aufmarschieren.

Wer den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Katastrophe beschreiten will, marschier unter dem Banner der Kommunistischen Partei, und wählt am 24. April die Liste 4 als erneute Kampfansage gegen das Hindenburg-Brüning-Severing-System!

Hungermarsch in Breslau verboten

Breslau, 19. April. Das Polizeipräsidium hat die für heute am Reichserwerbslosentag angesetzte Demonstration verboten. Als Begründung wird angeführt, daß auf Grund der Notverordnungen zur Demonstrationen der politischen Parteien während der Wahlkampfszeit erlaubt sind.

Diese Begründung des Breslauer Polizeipräsidiums ist bei den Massen herbeigezogen. Die Bourgeoisie fürchtet den Hungermarsch der

zehntausende Breslauer Erwerbslosen, die heute für Arbeit und Brot aufmarschieren wollten. Durch Demonstrieren wird man keineswegs den Kampfswillen der Hungernden kritisieren; vielmehr werden die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse zur Zeigerung desselben beitragen. Der Hunger läßt sich nicht verhindern! Der Kampf der Millionen Erwerbslosen muß so gesteigert werden, daß die Bourgeoisie zum Teufel gejagt und daß der Weg zum Aufbau des Sozialismus freigemacht werde.

Die Arbeitslosen fordern

Heute, am Reichserwerbslosentag, erheben in ganz Deutschland die Arbeitslosen erneut den Ruf nach Arbeit und Brot. Sie stellen in großen Kundgebungen erneut ihre Forderungen. Schlimmer als je ist die Not der Arbeitslosen. Durch die Notverordnungen, denen die SPD-Führer stets zugestimmt haben, ist die Arbeitslosenunterstützung immer mehr abgebaut worden. Hunderttausende sind bereits ohne jede Unterstützung. Die Führer der kapitalistischen Parteien, insbesondere die SPD-Führer haben den Arbeitslosen immer wieder versprochen, daß die Durchführung der Notverordnungen Arbeitsmöglichkeit bringen werde. Die Notverordnungs-politik der Bourgeoisie hat das Elend ins Unermessliche gesteigert, sie hat aber keine Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Auch die ver-
logene Parole der Unternehmer und Nazi-Führer, daß es besser sei, bei niedrigen Löhnen mehr Arbeiter zu beschäftigen, daß Lohnabbau vermehrte Arbeitsmöglichkeit bringe, ist heute vollständig entlarvt.

In den letzten Tagen haben die ADGB-Führer mit ihrem Krisenkongreß einen neuen Versuch gemacht, die Arbeitslosen zu betrügen. Den Erwerbslosen soll eingeredet werden, daß die ADGB- und SPD-Führer nunmehr für Arbeitsbeschaffung sorgen würden. Es wäre verhängnisvoll, wenn es noch Arbeitslose gäbe, die den ADGB-Führern noch einen Funken Vertrauen entgegenbringen würden. Der Krisenkongreß des ADGB hat für die Arbeitslosen nicht die geringste Aussicht auf Beschäftigungsmöglichkeit gebracht. Die ADGB-Führer legen ein schwindelhaftes, geradezu lächerliches Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, das niemand ernst nimmt, und das auch von den SPD-Führern selbst nicht ernst genommen wird. Unermüßig haben die SPD-Führer die Erklärungen Stegerwalds zur Kenntnis genommen, daß kein Geld zur Arbeitsbeschaffung da sei, daß nur neuer Lohnabbau, Abbau der sozialen Unterstützungen und Ausdehnung des Arbeitsdienstes in Frage komme.

Was bedeutet dieses Ergebnis des Krisenkongresses? In dem Appell des Reichskomitees der KPD wird treffend gesagt:

„Regierung, Unternehmer und reaktionäre Gewerkschaftsführer sind sich darüber einig, die Erwerbslosen- und Sozialunterstützung nach und nach ihres Versicherungskarakters ganz zu entkleiden und damit die Voraussetzungen zur Ausschaltung immer größerer

Kollege, was verdienst du — und was deine Ausbeuter?

Hungerlohn für 10 Tage Akkordschinderei eines Linke-Hoffmann-Proleten

Breslau. Die Breslauer Metallindustriellen haben bei Lohnverhandlungen ihm immer und immer wieder behauptet, daß die Löhne der hiesigen Metallarbeiter höher seien als die Löhne im Reich. Wir bringen nachstehend eine Lohnliste eines arbeitenden Linke-Hoffmann-Arbeiters, der in zehn Tagen bei der Akkordschinderei ganze 882 Mark verdient hatte.

Lohn für 10 Tage, gleich 80 Akkordstunden	56,73 „
Betriebskrankenkasse	3,12 „
Erwerbslosenversicherung	2,18 „
Invalidenversicherung	1,50 „
Verschiedene Abzüge	1,12 „ 7,92 „
Restbetrag:	48,81 „

Dieser Prolet hat einen monatlichen Lohn von 110—115 Mark. Davon hat er noch seine Frau und drei Kinder zu ernähren und zu bezahlen. Die monatliche Miete beträgt „nur“ die Summe von 26 Mark. Diese Zahlen widerspiegeln die elende Lage eines Linke-Hoffmann-Proleten, der sich tagtäglich bei dem raffiniertesten Ausbeutungssystem schindet, und noch der steten Gefahr ausgesetzt ist, morgen schon aufs Straßenspülstein geworfen zu werden.

Was verdienen die „Herren“ Direktoren und Prokuristen der Linke-Hoffmann-Busch-Werke?

Der Generaldirektor bekommt ein Jahresgehalt von über 100 000 Mark. Dieser Mann hat in einem Aufreiß mit zur Wahl Hindenburgs aufgerufen. Warum hat er das getan? Weil er genau weiß, daß Hindenburg der Vertreter der Kapitalisten und auch seiner Interessen ist. Und mit diesem Generaldirektor haben die SPD- und reformistischen Gewerkschaftsführer in einer Front für Hindenburg gestanden. Die SPD-Arbeiter, die Hindenburg als das „kleinere Übel“ wählten, haben gegen ihre eigenen Interessen gehandelt. Die Vorstandsmitglieder der AG erhalten bis 13 000 Mark monatlich. Die vielen Prokuristen bekommen bis 1500 Mark monatliches Gehalt. Die Verwaltung zahlt heute noch an einen längst nicht mehr tätigen

Direktor monatlich 1000 Mark. Auf Kosten der Arbeiter bekommen diese „Herren“ solche hohe Gehälter und können dann ein luxuriöses Leben führen. Die Proleten können dabei ganz ruhig verhungern. Das fñhrt diese Leute gar nicht!

Neuer Lohnabbau nach der Preußenwahl

Und schon droht auch den Linke-Hoffmann-Arbeitern neuer Lohnabbau. Die Breslauer Metallindustriellen haben vorläufig nur den Manteltarif gekündigt. Die Kündigung des Lohn tariffs wird aus tatsächlichen Gründen erst nach der Preußenwahl erfolgen. Der Zusatzlohn soll um 20 Pfennig die Stunde gekürzt werden.

Kollegen! Die Gewerkschaftsführer haben euch vor den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl erklärt, daß mit dem „Siege“ Hindenburgs ein weiterer Lohnabbau wegfiel, vielmehr der Aufstieg Deutschlands gesichert sei. Was ist daraus geworden? Was wird noch daraus werden? Die Löhne der Bauarbeiter sollen laut Tarif um 10 Prozent gesenkt werden. Die Gewerkschaftsführer rühren keinen Finger zur Organisierung des Kampfes gegen dieses unverschämte Lohnabbau diktat. Genau so verhalten sich die Bonzen bei den Textilarbeitern usw. Kollegen, werden die DDB-Führer — auch Ziegler — einen ernsthaften Kampf gegen jeden weiteren Pfennig Lohnraub organisieren und führen? Nein! Sie haben euch bereits im Januar den Unternehmern ausgeliefert. Die Versprechungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen sind ein glatter Wahlschmutz gewesen. Und auch alle ihre Versprechungen im Preußenwahlkampf sind Lüge und bewusster Betrug.

Sowjetmacht schafft Arbeit und Brot

Die Tatsache, daß 1000 Arbeiter in den Linke-Hoffmann-Busch-Werken neu eingestellt wurden, ist auf den sowjetrussischen Millionen-Auftrag zurückzuführen. Dieser Auftrag hat die völlige Stilllegung des Betriebes vorläufig verhindert. In ganz Deutschland haben zehntausende Arbeiter durch die Aufträge der Sowjetunion Arbeit und

Brot bekommen. Warum schafft die Sowjetmacht Arbeit und Brot? Weil dort die Arbeiter und werktätigen Bauern regieren, die Wirtschaft leiten und den Sozialismus aufbauen! Dort gibt es keinen einzigen Arbeitslosen! Dort herrscht vielmehr Mangel an Arbeitskräften. Und wie lebt der russische Arbeiter? Wir leben dort eine ständige Besserung der Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Und warum? Weil es dort keine Millionenprofite und solche hohen Gehälter gibt!

Und erst in einem Sowjetdeutschland werden wieder alle werktätigen Arbeit, Brot und eine menschenwürdige Wohnung haben und ein menschenwürdiges Leben führen können. Dieses sozialistische Deutschland wird nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch den revolutionären Massenkampf erkämpft.

Wir Kommunisten sagen auch diesmal den Arbeitern, daß der Wahlkampf nicht eine parlamentarische, sondern eine außerparlamentarische Massenaktion auch gegen Lohnraub sein muß. Deshalb ist die Stimmabgabe für die SPD und die SAP eine Hinführung auch zum Lohnabbau. Die Stimmabgabe für die KPD muß ein Kampf-bekenntnis gegen Lohnraub sein. Das allein genügt nicht! Der Kampf gegen Lohnraub muß in den Betrieben organisiert werden. Deshalb schafft in allen Metallbetrieben vorbereitende Kampforgane, die das Vertrauen der Beschäftigten genießen, die ernsthaft alle Maßnahmen zur Ausschaltung des Kampfes treffen.

Braun und Severing

sind die Stützen der Notverordnungs diktatur in Preußen.
„Braun und Severing“

heißt die Broschüre, die allen SPD-Arbeitern die Augen öffnet, daß die Politik des „kleineren Übels“ die Politik des größeren Übels für die Arbeiterklasse ist. Darum in jeder Betriebs- und Gewerkschaftsversammlung diese Broschüre an die SPD-Arbeiter. Preis 10 Pf. Bei allen Literaturveräußern der Partei zu haben.

Japan steigert seine Kriegs-Provokationen

Weißgardistenüberfall auf Verwaltung der Ostschinabahn — Verhaftungen von Sowjetangehörigen — Mandchurischer Konsul funkt Fallschirmmeldungen aus der Sowjetunion — Die Provokationen treffen das Weltproletariat — Verstärkt die Abwehr

Mußden, 18. April. Die Informationen der europäischen Weltöffentlichkeit erweisen sich als richtig. Mit Einsetzen der Schneeschmelze in der Mandchurie steigern sich die sowjetfeindlichen Provokationen, ist es die Lage an der Sowjetunion in raschem Tempo zu...

Am Sonntagabend veranfaßten 100 bewaffnete Weißgardisten eine Demonstration vor dem Gebäude der Ostschinabahn in Charbin und ließen laute Drohungen gegen den sowjetischen Teil der Verwaltung aus. Die Weißgardisten häuften das Gebäude und drangen ins Zimmer des stellvertretenden sowjetrussischen Direktors ein. Gleichzeitig wurde der Vorsitzende der Direktion der Ostschinabahn, Kusnezow, auf der Straße bedrängt. Er mußte im Auto flüchten.

Der mandchurische Konsul in Blagoweschtschenok hat sich an den Sowjetprovokationen dadurch beteiligt, daß er Chiffre Telegramme mit der gefälschten Unterschrift des Konsulatsrats Ma ins Ausland sandte. So entstanden die Gerüchte, General Ma sei auf Sowjetterritorium geflüchtet. Die Sowjetregierung hat die Abberufung des Konsuls gefordert.

Charbin, 18. April. (Sg. Trahtbericht.) Der russische Sekretär der Ostschinabahn, der 30 sowjetrussische Anwesende werden heute von den Japanern verhaftet. Die meisten der Verhafteten wohnen schon seit Jahren in Charbin. Gründe für die Verhaftung wurden nicht angegeben. Diese Reihe von ungeheuren Provokationen zeigt, daß der japanische Imperialismus und die hinter ihm stehenden Imperialisten in der Sowjetunion durch alle Mittel versuchen, den Krieg mit Sowjetrußland zu provozieren. Welche Absichten und

Wahrscheinlichkeit des gesamten Proletariats ist deshalb das Gebot der Stunde.

Die eigene Abwehr, mit der die Sowjetunion die Kriegsvorbereitungen pariert und abwehrt, ist selbstverständlich ein notwendiges Mittel für die Aufrechterhaltung des Friedens. Sie ist jedoch keineswegs ein Mittel, um die japanischen Provokationen zu beenden. Die Provokationen auf Eisenbahnen, bezüchtigen jetzt als erprobte Methode die Sowjetregierung der Kriegsvorbereitungen. Ihr Strohmann Pjotrow erklärte, die Forderung auf Abberufung des Konsuls aus Peking sei ein „unmenschlicher Akt“ gegen den Mandchurischen Konsul, und die japanische Regierung bezieht sich, zu erklären, daß sie in den „Streit“ zwischen der Sowjetunion und der Mandchurischen Regierung einzugreifen bereit sei. Gleichzeitig wurden die japanischen Telegrammenagenten Meldungen über Kriegsmäßigen Zustand der Ostschinabahn und harte Zusammenstöße in alle Welt, um den hundertfach bewiesenen Friedenswillen der Sowjetunion zu diskreditieren.

Mißbilligung und Unterstützung erhalten sie dabei insbesondere in der mandchurischen Presse und durch den Sozialdemokraten Paul Boncour, der als Leiter des Neunjährer-Konkurses des Völkerbundes Japan vollkommen freie Hand in China zugesichert hat.

Es gibt keine Provokation, es gibt keinen Weg, den Japan, den die europäischen Kriegsschürer unterstüzt lassen, um den sozialistischen Kampf der Sowjetunion durch Mittel zu führen. Wachsamkeit und höchste Kampfbereitschaft ist das Gebot der Stunde.

Die Arbeitslosen fordern

(Schluß des Beitrags)

Massen von Unterstühtungs-Empfängern aus der staatlichen und behördlichen Unterstühtung zu schaffen. Der erste Schritt soll die Zusammenlegung der drei Unterstühtungsarten bei den Erwerbslosen in eine allgemeine Rüstung sein. Das bedeutet eine neue ungeheuerliche Verschlechterung der Unterstühtungsbedingungen. Parallel geht unter dem Schlagwort der „Reorganisation der Gemeindefinanzen“ der Angriff mit dem Ziel der Entlastung der Gemeinden, von der Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen und ihrer allmählichen Überantwortung an die private Wirtschaft.

Aus der Rede Stegerwalds auf dem Kräftentag ging klar hervor, daß die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ in der Hauptsache durch Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht erfolgen soll. „Um die Erwerbslosen von der Straße wegzubringen“ In Wirklichkeit soll die Arbeitsdienstpflicht ein Mittel sein, die Erwerbslosen durch den Zwang zur Arbeitsleistung bei Zahlung von unterirdischen Löhnen, bei drohendem Entzug jeglicher Unterstühtung im Falle der Verweigerung von Dienstpflichtarbeit, teils in die Hände zu bekommen und als Lohnrücker und Streikbrecher gegen die Betriebsarbeiter einzusetzen.

Jeder Arbeitslose und jeder Betriebsstättige muß erkennen, welche ungeheure Gefahr die neuen Pläne der Bourgeoisie für ihn bedeuten. Der Kräftentag wurde nur veranstaltet zur Unterstühtung dieser kapitalistischen Offensiv. Für die Arbeitslosen können die KPD-Führer nichts erteilen, weil sie ja nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen, sondern mit den Kapitalisten in einer Front gegen die Arbeiterklasse stehen.

Ohne Kampf kann nicht die geringste Forderung der kapitalistischen Klasse gegenüber durchgesetzt werden. Nur im Kampf können die Arbeitslosen ihre Forderungen durchsetzen.

Heute behauptet die Bourgeoisie, daß für die Arbeitslosen kein Geld da sei. Aber der KPD-Exekutivrat hat auf dem Kräftentag selbst zugeben müssen, daß allein die Banken weit über eine Milliarde aus der Reichskasse erhalten haben. Hunderte von Millionen erhielten andere großkapitalistische Gesellschaften. Die Ausgaben für Polizei, für die Reichswehr, für die Justiz und für die Kirchen sind argantisch angeschwollen.

Wir erinnern aber daran, daß in den Jahren 1919 bis 1921 die Bourgeoisie unter dem Druck des Massentampes der Arbeitslosen und Betriebsstättigen gezwungen war, Notstandsarbeiten in den Gemeinden durchzuführen zu lassen, Unterstühtungserhöhungen und Zulagen zu bewilligen. Seit jeher hat die Bourgeoisie nur unter dem Druck des Kampfes der Arbeiterklasse irgend welche Forderungen der Arbeitslosen oder Betriebsstättigen erfüllt.

Es ist notwendig, daß die Arbeitslosen den Kampf um ihre Forderungen verstärken, es ist notwendig, daß sich die Arbeitslosen mit den betriebsstättigen Arbeitern in der roten Einheitsfront zusammenschließen und für ihre Forderungen kämpfen.

Die KPD weist den Arbeitslosen und Betriebsstättigen in diesem Kampfe den Weg. Mit Stolz kann die KPD, der Arbeiterklasse zeigen, daß es in der Sowjetunion, wo die Arbeiter herrschen, Arbeit und Brot gibt, daß es dort keine stützenden Betriebe gibt, daß dort ein Werk nach dem anderen neu entsteht, daß dort der Sozialismus aufgebaut wird und die Arbeitslosigkeit beseitigt ist.

Die kommunistische Partei hat aber auch mit ihren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die unmittelbaren Ziele ihres Kampfes gemein. Im Kampf um diese Forderungen müssen sich jetzt die breiten Massen der Arbeitslosen vereinen. KPD und KGD führen die Massen in diesem Kampfe. Im Appell des Reichskomitees der KGD, heißt es:

„Eine Kommune nach der anderen geht zur Kürzung der Wohlfahrtserhöhungen, zur Streichung der Zulagen usw. über. Schon droht der Städtetag mit neuen rigorosen Sparmaßnahmen und Einstellung der Unterstühtungen, und die Regierung bereitet neue Verordnungen zur „Reform“ der Erwerbslosenversicherung, zur Frage der Arbeitsdienstpflicht usw. vor. Nur wenn es der KPD gelingt, durch die tägliche Vertretung der kleinsten Arbeiterinteressen eine Kampfrichtung zu schaffen, immer mehr Teilenerfolge durch den Kampf zu erzielen, dann wird es auf dem Wege über diese kleinen Bewegungen, die Voraussetzungen für die Entwicklung großer Kämpfe, gelingen, zur Abwehr der großen Schläge der Kapitalisten, zum Übergang der Arbeiterklasse zur Gegenoffensive gegen die Kapitalisten auf breiter Front zu kommen.“

In diesem Sinne muß der Kampf geführt werden, das Kampfbündnis der Betriebsstättigen und Arbeitslosen gefestigt werden. Schart euch um die KPD und KGD! Lasse dich kein Arbeitsloser mehr von den betrügerischen SPD- und Nazi-Führern irreführen und gegen seine eigenen Interessen mißbrauchen. Kämpfe gemeinsam gegen das kapitalistische System, das dieses unermessliche Elend über das arbeitenden Massen gebracht hat.

Setzen euch am 22. April an der roten Einheitsfront des Kampfes, in dem ihr bei den Wählerwahlen für die Rote kommunistische Partei stimmt! Je größer die Stimmenzahl für die kommunistische Partei, um so stärker das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse, um so wichtiger und erfolgreicher wird der Kampf der Arbeitslosen und Betriebsstättigen sein.

Siege der Roten China-Armee

Protestiert gegen imperialistisches Eingreifen

Shanghai, 16. April. Die Rote Chinaarmee in Südjulien hat gegen sie eingesetzte Regierungstruppen zurückgeschlagen und einige neue Städte erobert, wo Sowjets errichtet wurden.

Ein englischer und ein amerikanischer Kreuzer sind nach Amoy ausgelaufen.

1500 werttätige Bauern unter roter Senjenfahne

Internationale Bauernkündgebung gegen den imperialistischen Krieg

Düsseldorf, 18. April. Gestern fand in Grevendich-Orten eine vom europäischen Bauernkomitee und den Bauernkomitees in Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg einberufene internationale Bauernkündgebung merklicher Bauern gegen den imperialistischen Krieg statt. Unter hüthlichem Jubel wurden die Vertreter der ausländischen Bauernkomitees, insbesondere aus Frankreich, begrüßt.

Nach dem Bericht wurde die Rede von dem Leiter der Bauernkomitees in Deutschland, dem Bauernkomitee in Frankreich, dem Bauernkomitee in Belgien und dem Bauernkomitee in Luxemburg gehalten. Die Rede von dem Leiter der Bauernkomitees in Deutschland wurde von dem Bauernkomitee in Frankreich, dem Bauernkomitee in Belgien und dem Bauernkomitee in Luxemburg beantwortet. Die Rede von dem Leiter der Bauernkomitees in Frankreich wurde von dem Bauernkomitee in Deutschland, dem Bauernkomitee in Belgien und dem Bauernkomitee in Luxemburg beantwortet.

Im Verlauf der Kundgebung sprach der Vertreter des österreichischen Bauernkomitees, der Landbauernbauern Steiner, im Namen der erschienenen ausländischen Bauern. Einmütig wurde ein Aufruf an die werttätige Bauernschaft aller Länder zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg beschlossen.

Zuerst bildete sich nach der Kundgebung ein Demonstrationstrupp von 1500 Bauern und Arbeitern aus Kriegsmilitärs, die unter Vorantragung einer roten Senjenfahne etwa 20 Minuten demonstrierten. Die Polizei, die mit Gewandlung und Revolver gegen die Demonstranten vorgegangen, beschlagnahmte die Fahne, mußte sie jedoch nach kurzer Zeit wieder herausgeben und zulassen, daß Genosse Kuhn eine Ansprache an die Demonstranten hielt. In voller Ruhe marschierten dann die Demonstranten in geschlossenen Gruppen ab.

Durch Massenprotest die Ermittlung eines Wohlfahrtserwerbslosen mit Familie verhindert!

Frankfurt am Main, 18. April. Der Arbeiter Hermann sollte am Mittwoch, dem 15. April, vormittags 9 Uhr, zwangsweise aus seiner Wohnung entfernt werden. Dem betreffenden Arbeiter war es nicht mehr möglich, die Miete zu zahlen, da er mit zwei Kindern nur 15 Mark monatliche Wohlfahrtserwerbsunterstühtung erhielt. Das Wohlfahrtserwerbsamt hatte einen Antrag des Erwerbslosen auf Zahlung der rückständigen Miete abgelehnt. Nach dem Plan des sozialdemokratischen Bürgermeisters sollte der Arbeiter Hermann zwangsweise aus seiner Wohnung entfernt und in das Armenhaus eingewiesen werden; dort war ihm ein Zimmer zugedacht, das für eine vierköpfige Familie völlig unzulänglich ist.

Am 15. April wurde eine Kundgebung abgehalten, an der etwa 200 Arbeiter teilnahmen. Sie wurden von dem Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet.

Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet.

Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet.

Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet. Die Kundgebung wurde durch den Arbeiter Hermann geleitet.

Eisenbahner-Konferenz in OS.

beschließt Kampfmaßnahmen gegen imperialistischen Krieg, Lohn- und Personalabbau

Stettin, 18. April. Am Sonntag hat die Bezirkskonferenz der Eisenbahner über die Lage der Eisenbahnen in Ostpreußen beraten. Die Konferenz war von 70 Delegierten besucht. Davon waren im Verband der Eisenbahner (EiB) 50 Mitglieder, im Einheitsverband (Reformisten) 3, GdC (Christen) 1, Gewerkschaft deutscher Lokführer 1, KPD (gelbe Gewerkschaft) 1 organisiert. 10 Delegierte waren unorganisiert. 16 Delegierte waren Betriebsratsmitglieder und 17 hatten andere Betriebsfunktionen.

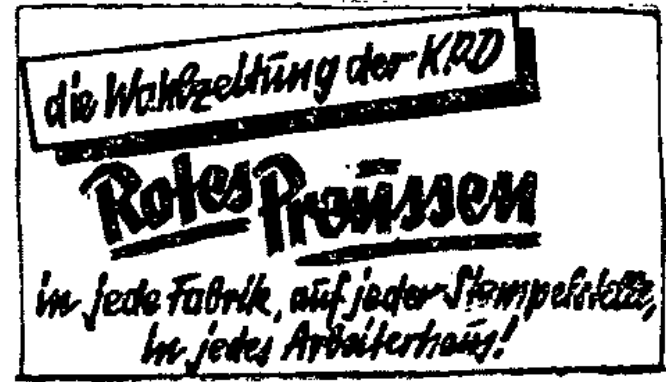
Die Delegierten vertraten 15 der wichtigsten Betriebe der Reichsbahndirektion Oppeln. Die Konferenz beschloß sich mit den Kampfmaßnahmen gegen den imperialistischen Krieg sowie gegen den Lohn- und Personalabbau. Die auf der Konferenz geführte Diskussion widerspiegelte den wachsenden Kampfeswillen auch der Eisenbahnerkollegen,

und die Delegierten gelobten, alle ihre Kraft in den Dienst der Massenmobilisierung zur Verhinderung von Kriegsproduktion und Kriegstransporten einzusetzen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

SNP. für Braun-Severing!

Breslau. Am Dienstag voriger Woche fand der Antrag der Regierungsparteien auf Wenderung der Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wir haben über dieses Manöver bereits berichtet, daß dazu dienen sollte, den Braun-Severing auch nach den Wählerwahlen die Ministerämter zu erhalten. Die SNP hat gegen dieses parlamentarische Manöver protestiert, indem sie mit „Nein stimme“ (SNP, v. 13. 4.) Es kam bei dieser Abstimmung aber gar nicht auf die Stimme an, denn die Mehrheit war die der Regierungsparteien sicher, sondern lediglich auf die Beteiligung, um den Landtag beschlußfähig zu erhalten. Das wollte bekanntlich die Opposition durch Fernbleiben von der Abstimmung verhindern! Die SNP hat auch hier wieder ihre Rolle als Helferin des Sozialfaschismus getreulich erfüllt, indem sie dazu beitrug, das Haus beschlußfähig zu erhalten. Sie hat damit sich erneut für Braun-Severing betannt. Ein Grund mehr, um die Arbeiter zu veranlassen, mit dieser Fikale der SPD zu brechen und am 24. April ihre Stimme der KPD zu geben.

Achtung! Achtung! Alle Ortsgruppen müssen sofort die gesamte Literatur von der Präsidentenwahl abrechnen! Wir werden diejenigen, die bis 22. April keine Zahlung geleistet haben, an dieser Stelle öffentlich anprangern! 22. Schützen, Livvertrieb.



Rund um den Erdball

Nur Schwimmer Quittungen

Hitlers erste Quittung bereits gefunden — Die Beweise — Dementis

Die Stockholmer Polizei ist jetzt vollauf beschäftigt. Sie sucht zwar Kreuzers Nachlaß. Und da gibt es sehr viel zu suchen. Der Mann, der noch vor einigen Monaten als einer der größten Gentlemänner gepriesen wurde, zu einer Zeit, da er mit seinem Konzern die Bauern des Baltans in die Barbarei gejagt hat und hunderttausende Arbeiter auszubeuten pflegte, dieser Mann ist heute als der größte Schwindler erkannt. Denn er hat sich nicht nur an der Ausbeutung von Millionen beteiligt, sondern seine Kompagnons beschwindelt. Er hat italienische Staatspapiere gefälscht, Grundstücke in Berlin doppelt



Zum Kreuger-Skandal:

Direktor Carl Lange, der Nachfolger Ivar Kreuzers in der Leitung des Kreuger-Konzerns in Stockholm, wurde verhaftet, da er sich an den Betrügereien Kreuzers beteiligt haben soll.

belehnt, — kurz, er hat sich auch an den geheiligten Grundstücken des Kapitals, an den geheiligten Grundstücken aller Banditen, gegeneinander ehrlich zu sein, vergriffen. Und deswegen gilt er heute als der größte Schwindler und Hochstapler, deswegen beschäftigt sich die Polizei mit seinem Nachlaß.

Es war bekannt, daß Kreuzer die faschistischen Organisationen aller Länder finanzierte. Nun hat man als erstes bei der Sichtung seiner Papiere — die Sichtung befindet sich im ersten Stadium — eine Quittung mit der eigenen Unterschrift Hitlers über 100 000 Mark gefunden. Es wird versichert, daß es sich vorläufig um die erste Quittung handelt. Weitere solche Quittungen werden sich noch finden. Desgleichen kommt die Nachricht aus Stockholm, daß man vorläufig die Quittungen des Reichsbanners noch nicht gefunden hat.

An der Tischplatte prangen zwei Plakate nebeneinander. Auf dem einen Plakat versprechen die Sozialdemokraten Arbeit und Brot, und auf dem andern die Nazis. Eine Gruppe von Menschen begutachtet die Plakate und diskutiert. Die Beweise — sagt einer — müssen Sie erst bringen, daß Sie wirklich Arbeit und Brot geben können.

Brauchen wir erst Beweise zu liefern? sagt da ein Sozial-

demokrat. Haben wir nicht durch jahrelanges Regieren in Preußen den Beweis hierfür schon erbracht? Ohne Zweifel — sagt ein anderer — die überfüllten Stempelstellen zeugen hierfür.

Aber wir, meldet sich da ein Nazi, wir können eindeutig den Beweis erbringen, daß wir Arbeit und Brot bringen können. Welchen Beweis? Nun, sagt er, laßt uns erst mal an die Regierung heran!

Eure Beweise, fällt ein dritter ein, erinnern an die Geschichte mit den Ausgrabungen. Laßt euch mal die Geschichte erzählen: Zwei stritten miteinander, welches Volk, ob die alten Ägypter oder die alten Griechen, eine höher entwickelte Kultur besaßen haben. Die alten Ägypter, sagte der eine. Der beste Beweis: unlängst hat man in der Nähe von Alexandria Ausgrabungen gemacht, und da hat man Drähte gefunden. Daraus ist klar zu ersehen, daß die alten Ägypter schon ein gut funktionierendes Telegrafennetz besaßen haben.

In der Nähe von Athen, sagte der andere, hat man ebenfalls Ausgrabungen gemacht und keine Drähte gefunden, woraus zu ersehen ist, daß die alten Griechen sogar schon eine drahtlose Telegraphie besaßen haben.

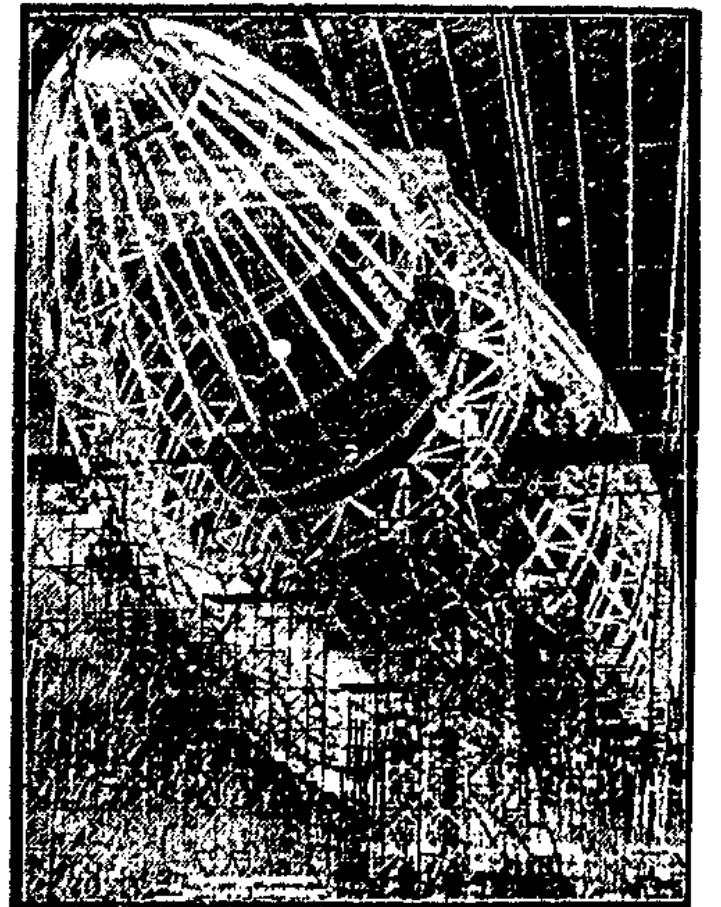
Ebenso klingen die Beweise der Nazis und der Sozialdemokraten, daß sie Arbeit und Brot verschaffen können.

Es ist nicht wahr, erklärt mein Nachbar, ein Naziführer, daß wir selbst bei Groener um das Verbot der SA nachgehrt haben. Wir haben genug Vertrauen zu Groener, daß er versteht, was wir brauchen und sozusagen unsere Wünsche erfüllt, ohne daß wir sie ausprechen.

Es ist einfach lächerlich, was die Jugendpresse verbreitet, daß man uns verbieten will, erklärt in der Untergrundbahn ein Reichsbannermann. Wir haben genug Vertrauen zu Groener, daß er versteht, was die Interessen des Staates im Moment erfordern und dementsprechend handelt. Groener weiß, daß das Reichsbanner die stärkste Stütze des Staates ist. Das Ziel des Reichsbanners ist die Erhaltung dieses Staates und nichts anderes. Groener wird uns vor der Wahl sicher nicht verbieten.

Was ist der Staat? Der Staat ist nach Marx der organisierte Faktor zur Erhaltung des kapitalistischen Systems — und das Reichsbanner die stärkste Stütze dieses Staates.

Wen also hat der revolutionäre Arbeiter zu wählen? Es ist klar: weder Hitler noch SPD, und Reichsbanner, sondern KPD, Seite 4!



In Akron hat man jetzt das Gerüst für einen neuen amerikanischen Riesenzeppelin fertiggestellt, der ein Schwesterschiff des größten Luftschiffes der Welt, „Akron“, werden soll, jedoch eine noch größere Geschwindigkeit entwickeln wird.

„Essen Sie Brennnesseln!“

Rumänien ist eines der reichsten Getreideländer Europas. Es wird vielfach auch als die Kornkammer Europas bezeichnet. Im Lande verkaufen jährlich unzählige Mengen von Korn und Weizen, für die im Ausland kein Absatz vorhanden ist.

Man sollte nun glauben, daß die Bevölkerung eines solchen Landes wenigstens mit Getreide genügend versorgt ist. Aus dem verschiedensten Gegenden Rumäniens kommen Nachrichten über förmliche Hungerepidemien. In Bessarabien, in Teilen der Bukowina und in Siebenbürgen sterben Bauern an Hunger.

In diesem „gesegneten“ Lande, wo in den Speichern das Getreide verfaulend und die Bauern und Arbeiter verhungern, haben die meisten Staatsbeamten bereits seit länger als einem halben Jahr keine Gehälter ausbezahlt erhalten. Nun berichtet eine rumänische Zeitung, daß beim Minister für Unterricht eine Abordnung der Lehrer des ganzen Landes erschienen ist und von ihm die Auszahlung der Gehälter verlangt, da sie buchstäblich am Verhungern seien.

Der Minister gab hierauf zur Antwort: Erstens sei der Lehrerberuf kein produktiver Beruf, zweitens müsse eben in Rumänien jeder Beamte sich selbst zu helfen wissen und drittens sei Rumänien das Land, wo die meisten Brennnesseln wachsen. Wenn man schon kein Brot hat — Brennnesseln sind unentgeltlich zu haben. Aufgabe der Lehrer sei es, unter der Bevölkerung dafür zu wirken, daß die Brennnesseln zur Volksernährung werden.

Getreide verfaulend, Brennnesseln Volksnahrungsmittel — das ist die kapitalistische Wirtschaft.

Vulkan Las Piedras erneut ausgebrochen

Buenos Aires, 18. April. In der argentinischen Nordprovinz Salta ist der Vulkan Las Piedras, der bei den Ausbrüchen der vergangenen Woche ebenfalls beteiligt war, erneut in Tätigkeit getreten und wirft Steine und Asche aus. Die Aschenwolken haben einen gewaltigen Umfang angenommen und lagern über den argentinischen Provinzen Santa Fe, Corrientes, Entrerios, der Republik Paragwah und verschiedenen brasilianischen Südstaaten. Fregendwische Menschenverluste sind auch in diesem Fall bisher nicht eingetreten.

Erdbebenkatastrophe in China

Nanking, 18. April. In Nanchang, in der Provinz Hupen, sind siebenzig Prozent aller Häuser von einem Erdbeben zerstört worden. Die Stöße haben 16 Stunden lang andauert. Hunderte von Menschen sind ums Leben gekommen. Tausende von Häusern sind zerstört. Der Distrikt hat die Nationalregierung um Hilfe angerufen.

Vier Tote bei einem Motorbootunglück

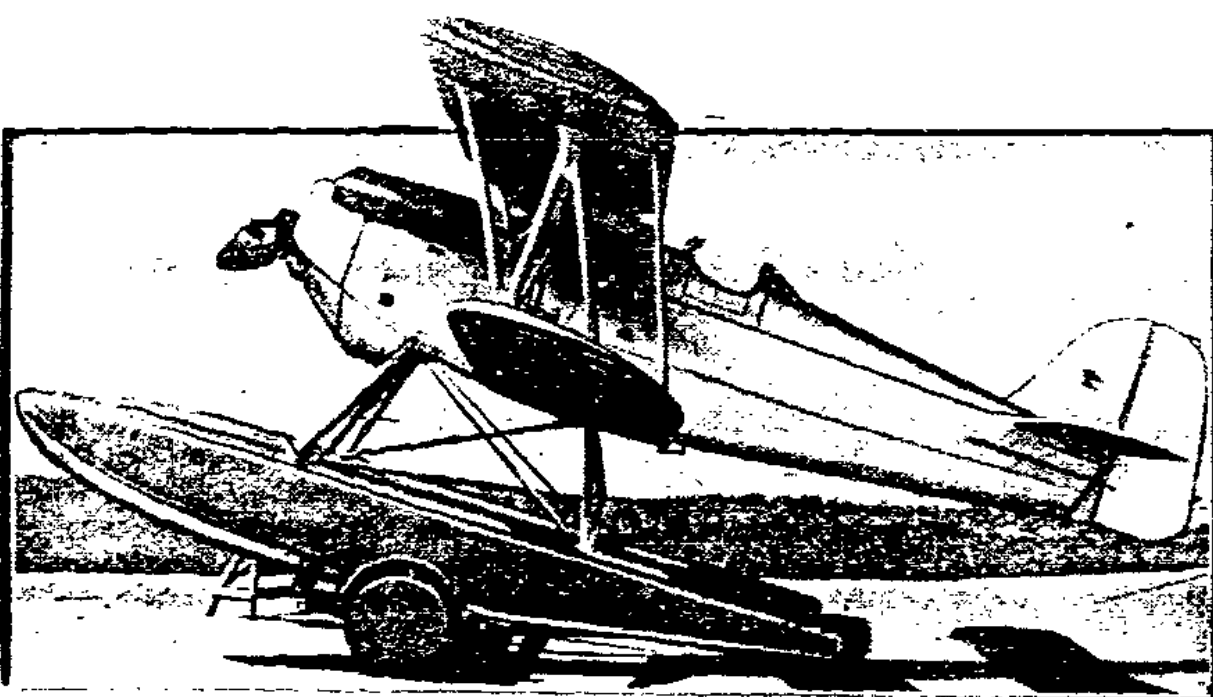
Paris, 18. April. Einen tragischen Ausgang nahm am Sonntag eine Motorbootsfahrt, die ein Pariser Garagenbesitzer in Begleitung seiner jungen Frau, seines dreijährigen Sohnes und einer Freundin seiner Frau sowie deren achtfährigen Tochter auf der Marne unternahm. Das Boot zerstückelte in der starken Strömung am Pfeiler eines Staudammes, und vier der Insassen ertranken. Nur die Frau des Garagenbesitzers konnte im letzten Augenblick gerettet werden.

Ratten verhindern Opernaufführung

Im Majestic-Theater in Sydney kam es dieser Tage zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Die Aufführung der Oper „Carmen“ mußte nämlich in letzter Minute verschoben werden, da es sich herausstellte, daß die Opernpartituren, die in einem defekten Schranke aufbewahrt wurden, völlig von Ratten zerfressen waren, so daß sie, trotz aller Mühe, nie zu „rekonstruieren“ verloren waren.

Mit der Familie in den Tod

Aus wirtschaftlicher Not hat in Wiesbaden der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Galade sich, seine Frau und seinen 13jährigen Sohn mit Gas vergiftet.



Die Schwimmer bald so groß wie das Flugzeug

Diese Versuchsmaschine — ein Wasserflugzeug für Katapultstart — besitzt übertrieben große Schwimmer, da es als Frachtflugzeug für die Beförderung von Briefsendungen Verwendung finden soll. Der 750 Pferde starken schwere Motor verleiht der Maschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von über 275 Stundenkilometern.

17 Tote bei einem Bergwertsunglück in Indien

London, 18. April. Infolge Ausbruchs von Feuer in dem Entlüftungsschacht eines Glimmerbergwerks in der Nähe von Patna (Indien) erlitten 14 Bergleute den Erstickungstod. Drei Bergleute wurden verschüttet und länden ebenfalls den Tod.

Helium in Frankreich

Toulon, 18. April. In der Nähe von Moulins bei Toulon wurde eine große Heliumquelle festgestellt. Die Stelle, an der das wertvolle Gas ausströmt, wurde in einer Tiefe von ungefähr 10 Meter bei Bohrarbeiten für einen Brunnen gefunden. Bisher wurde Heliumgas nur in den Vereinigten Staaten gewonnen, und es wäre mit außerordentlich hohen Kosten verbunden, ein europäisches Luftschiff damit zu füllen.

Flugzeug und Auto

Der französische Ingenieur Berthot hat ein Fahrzeug, das eine Kombination zwischen Auto und Flugzeug darstellt, erfunden. Flugzeuge mit zusammenklappbaren Flügeln, die äußerst wenig Raum beanspruchen, waren allerdings schon früher bekannt, doch stellt sich die Berthotsche Konstruktion als eine vollkommene Neuerung insofern dar, als auch das Flugzeugfahrzeug zu einem richtiggehenden Automobil ausgebildet worden ist. Das Fahrzeug, dessen technische und praktische Vorzüge auf der Hand liegen, kostet dabei nicht mehr als 25 000 Franken, was etwa dem Preise eines mittelstarken Automobils der bisher gebräuchlichen Konstruktionen entspricht. Namhafte französische Autofabriken interessieren sich für die Konstruktion.

Höchstleistungsversuch Paris—Kapstadt

Paris, 18. April. Die beiden französischen Piloten Goulette und Salel, die am Sonntagmorgen zu einem Höchstleistungsflug Paris—Kapstadt aufgestiegen waren, sind am Sonntagnachmittag am Ziel der ersten Etappe, Colombe-Beschar, eingetroffen. Die Piloten legten die 2300 Kilometer lange Strecke in einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 195 Kilometer zurück.

800 Wohlfahrtsempfänger einer Gemeinde am verhungern

Im Lande der Diktatur des Proletariats, im Lande des Sozialismus, in Sowjetrußland gibt es keine Erwerbslosen, keinen Hunger und keine Bankrotte — kämpft mit für die proletarische Diktatur in Deutschland, für ein rotes Preußen im Rätedeutschland!

„Was wird aus der deutschen Industrie, aus der Beschäftigungsmöglichkeit für deutsche Arbeiter, wenn die kommunistischen Phantasien von der Errichtung einer bolschewistischen Diktatur in Deutschland in Erfüllung gehen würden?“
„Sie würde jede Möglichkeit der Beschäftigung und Entlohnung von Arbeitern gründlich lahmlegen. Das ganze arbeitende Volk arbeitslos — und keine Möglichkeit mehr, Arbeitslosen eine wenn auch noch so geringe Unterstützung zu zahlen!“
(Aus dem SPD.-Organ „Proletarier“ vom 15. April.)

Ein Wohlfahrtsempfänger mit vier Kindern berichtet uns aus der Gemeinde Polznieh, Kr. Waldenburg. Von 4014 Einwohnern sind 1800 erwerbslos und 800 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Schon vor Wochen war im Gemeindehaus ein Anschlag, daß nur noch zwei Drittel der Unterstützung zur Auszahlung gelangt. Vor 14 Tagen wurden die Unterstützungssätze um weitere 50 Prozent gekürzt. Vor drei Tagen war angeschlagen, daß nur noch 70 Prozent der Sätze ausbezahlt werden, mit der Bemerkung, „die Gemeinde kann nicht mehr!“

„Soll Deutschland bolschewistisch werden?“

Die Mitteilungen des Wohlfahrtsverwalters aus Polznieh enthalten die Äußerungen der SPD.-Presse, die wir oben zitiert haben. Das kapitalistische Deutschland, das Preußenland, in dem die Sozialdemokraten Braun-Severing herrschen, ist es, in dem „das arbeitende Volk arbeitslos und keine noch so geringen Unterstützungen an die Arbeitslosen ausbezahlt werden können“. In der SPD.-Presse heißt es am Schluß des zitierten Artikels unter der Überschrift: „Soll Deutschland bolschewistisch werden?“: „Wir gehen den Weg der Entwicklung, nicht der Zerstörung, den Weg, den die preussische Volksregierung (!) unbetrieffen gelassen hat, als sie allen Bürgerkriegstreibern mit Festigkeit entgegengetreten ist.“

Auch die SPD.-Fraktion in Polznieh, die die Mehrheit im dortigen Gemeindeparlament hat, hat „den Weg der Entwicklung“ gegangen. Es war der Weg in den Abgrund!

Achtshundert Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern stehen vor dem Verhungern. Tausend weitere Erwerbslose leiden täglich Hunger. Der Mittelstand steht vor dem Nichts!

Der betreffende Wohlfahrtsunterstützungsempfänger schreibt uns über die SPD.-Politik, die das grenzenlose Elend mit sich brachte, folgendes: Die SPD. magte es am vergangenen Sonntag in einer Einwohnerversammlung zu den Wohlfahrtsempfängern, die in großer Empörung sind, zu sprechen, ohne die Ursachen des großen Elends aufzuzeigen. Vor Ablauf eines Jahres haben die SPD.-Vertreter und ihr Sprecher Paul Langer in öffentlicher Versammlung erklärt: „Wir müssen den Posten des Gemeindevorstehers versuchen in unsere Hand zu bekommen, um für die Proleten etwas mehr herauszuholen und den Apparat zu verbilligen.“

Die Praxis der SPD.-Politik

Ein Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit drei Kindern und mehr erhält in unserer Gemeinde pro Woche 18 Mark Unterstützung. Seit 14 Tagen werden davon 30 Prozent nicht mehr ausbezahlt. Das bedeutet eine Kürzung der Unterstützung von 5,40 Mark pro Woche. Der Arbeiter erhält noch 12,60 Mark ausbezahlt. Bei einer sechs-köpfigen Familie bedeutet das pro Tag 1,80 Mark oder pro Tag und Kopf 2 5/8 Pfennig. Davon sollen die Wohlfahrtsunterstützten leben! Sie stehen vor dem Verhungern!

Trotz dieser finanziellen Bedrängnis der Gemeinde wird ein harter Angestelltenapparat finanziert. Den Erwerbslosen wird die Unterstützung dauernd gekürzt, aber für den Gemeindeapparat ist noch genügend Geld vorhanden. Es werden heute noch finanziert: drei Obersekretäre, zwei Sekretäre, ein Polizeikommissar.

Grünberger Arbeiter rechnen mit Deserteur Nischwitz ab

Der korrupte Nischwitz-Chemnitz bezeichnet fünf Millionen Thälmann-Wähler als „Lumpenproletariat“ — Grünberger Arbeiter verlassen SPD.-Versammlung unter dem Gesang der „Internationale“

Grünberg. Die SPD. ließ hier in einer öffentlichen Versammlung im Schützenhaus am 15. April den aus den Reihen der SPD. ausschließlichen Nischwitz aus Chemnitz sprechen. Dieser verurteilte die proletarische Front bezeichnete die fünf Millionen Thälmann-Wähler als „Lumpenproletariat“ und „politische Dummköpfe“. Ernst Thälmann und die kommunistische Partei bezeichnet dieser Schuft als „Verräter am Proletariat, die nur Blut sehen wollen“. Der anwesenden Arbeiter bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Es hagelte Zwischenrufe. In der Diskussion sprach Genosse Karl Laube, dem man nur zehn Minuten Redezeit gewährte. Mit Recht bezeichnete er jene Leute wie Nischwitz, die die proletarische Fahne verraten haben, um sich am Korruptionsstumpf der SPD. zu beteiligen, als Lumpenproletariat. Darauf schickte die Führertruppe der SPD. mit einem großen Tumult ein.

Nischwitz drohte dem Genossen Laube, ihm ein Bierglas an den Kopf zu werfen. Das sind die Argumente dieses Heiden, der sich von der SPD. korrumpieren ließ!

Schließlich wurde dem Genossen Laube das Wort entzogen. Darauf antworteten die empörten Versammlungsbesucher damit, daß sie sich erhoben, die „Internationale“ sangen und diszipliniert und geschlossen den Versammlungssaal verließen. Die Grünberger Arbeiter haben damit gezeigt, daß sie einem solchen Deserteur wie Nischwitz richtig zu antworten wissen. Alle Kräfte angespannt, um die sozialdemokratischen und SPD.-Arbeiter einzureihen in die kämpfende Einheitsfront, für ein rotes Preußen in einem Rätedeutschland!

Roter Pressetag in Weißstein

Am Mittwoch, dem 13. April, veranstaltete die Ortsgruppe Weißstein der SPD. einen Roten Pressetag. Die Vormittag-Vorlesung war gut besucht, und nachmittags mußten viele Arbeiter umsitzen, weil die Schauburg von der Polizei gesperrt wurde. Triebhölzer herrschte im Saal, als der russische Film „Der

betriebsassistent, zwei Verwaltungsgehilfen und ein Gemeindebeamter.

Der Weg des Untergangs

Auf Grund der dauernden Unterstützungskürzungen geht auch der Mittelstand zugrunde. Die Hauswirte erhalten keine Miete mehr. Dem kleinen Händler und Geschäftsmann wird nur mehr sehr wenig abgekauft. Sie alle können deshalb keine Steuern mehr bezahlen. So sieht der Entwicklungsprozeß der SPD. in Severing-Preußen aus.

Die SPD.-Führer aus Polznieh verweisen auf eine Staatsbeihilfe, die nicht kommt! Der Bankrott der Kommunalwirtschaften in den

Erwerbslose werden mit Maden gespeist

Wegen schlechtem Wohlfahrtsessen dauernd Magen- und Darmkatarrh — Wir rufen zum Protest gegen ungenießbares Essen — kämpft mit den Kommunisten um Sonderunterstützungen!

Waldenburg-Kr. Waldenburg. Auch in Waldenburg werden einige hundert Erwerbslose mit der sogenannten „Winterhilfsspeisung“ — die die Arbeiter selbst bezahlen müssen — bedacht. Mit Hilfe dieser Winterhilfsspeisungen verlor die Brüning-Regierung über diesen „schwersten Winter seit hundert Jahren“ hinwegzukommen. Die ausgehungerten Wohlfahrtsunterstützten werden gezwungen, das kaum genießbare Essen zu sich zu nehmen.

Am Montag, dem 11. April, suchten die Erwerbslosen wieder einmal vergebens nach dem Fleisch, das angeblich in dem Essen sein soll. Diesmal fanden sie statt dem Fleisch Hunderte von Maden vor!

Das soll wohl Fleischersack sein! Der Erwerbslosen bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Das Essen ist kaum zu verdauen. Das Fleisch soll zu kleinen Stücken geschnitten werden; aber man kann sich noch so sehr die Augen verdrücken, man findet doch keine. Mit einmal etwas Fleisch drin, so ist es so zäh, daß es einfach nicht genießbar ist und erst noch einmal gelocht werden muß. So ist es auch mit den übrigen Speisen. Seien es Kartoffeln, Kohlrüben oder Mohrrüben. Alles ist selten weich gelocht. Die Folgen sind dauernder Magen- und Darmkatarrh bei den meisten Erwerbslosen! Durchfall wird man überhaupt nicht mehr los!

Die Erwerbslosen wandten sich in ihrer Empörung beschwerdeführend an die Leitung der Winterhilfsspeisung. Diese schob die Schuld an den Maden im Essen auf den Lieferanten der Lebensmittel, auf die „Edela-Gesellschaft“. Auf diese Art wollen die verantwortlichen Behörden ihre eigene Verantwortung abwälzen. Selbstverständlich gehört auch die „Edela-Gesellschaft“, die glaubt, den

preussischen Städten und Dörfern bedeutet für die Arbeiter Hunger, für den Mittelstand Untergang und Verarmung. Das alles geschieht aber nicht in dem Land, wo die Diktatur des Proletariats herrscht und der Aufbau des Sozialismus verwirklicht wird. Nein! Das geschieht in Preußen, in dem Lande, das von den Sozialdemokraten Severing und Braun regiert wird! In dem Lande der kapitalistischen Diktatur, wo „die preussische Volksregierung unbetrieffen den Weg der Entwicklung — nach den Worten der SPD.-Presse — geht!“ Die Lage in der Gemeinde Polznieh und in hundert anderen beweist, daß das der Weg des Untergangs, der Weg in größtes Elend ist.

Nur proletarische Diktatur schafft Arbeit!

Die russische Arbeiterschaft ging den Weg der Revolution! Sie haben im Jahre 1917 die Diktatur des Proletariats und damit die Grundlage für den Sozialismus geschaffen. Dort gibt es keine Erwerbslosen! Keine Bankrotte und auch keinen Hunger! Jeder hat zu arbeiten und satt zu essen! Nur der Sozialismus, die proletarische Diktatur schafft allen Arbeit! Kämpft daher mit der kommunistischen Partei, für die proletarische Diktatur, für den Sozialismus, für ein rotes Preußen im Rätedeutschland! Wählt am Sonntag Kommunisten, die Liste 4!

Erwerbslosen solche Lebensmittel liefern zu können, die von anderen Leuten nicht mehr gekauft werden, an den Pranger. Die Erwerbslosen müssen jedoch die betreffende Behörde verantwortlich machen, da sie ja den Einkauf der verdorbenen Lebensmittel tätigt.

Wir rufen die Erwerbslosen auf zum Protest gegen jedes Essen, das ihnen in ungenießbarem Zustande vorgelegt wird! Nur durch die einheitliche Kampffront mit den Betriebsarbeitern wird es gelingen, derartige Dinge zu verhindern und einen erfolgreichen Kampf um Sonderbeihilfen für die Arbeitsbeschaffungsfordernungen der SPD. zu führen. Refundiert euren Kampfwillen am 21. April, indem ihr Kommunisten, Liste 4 wählt!

Heraus zur roten Offensive

Achtung Ortsgruppen! Was tut Agitprop in dieser Woche? Die Flugblätter- und Handzettelverteilung muß so organisiert werden, daß jedes Flugblatt an die richtige Adresse kommt. Beobachtet jeden Tag den Kasten „Wahlmaterial für ein rotes Preußen“ in der „Arbeiter-Zeitung“ — holt das Material sofort vom eurem Kurierort ab. Kein Flugblatt darf liegen bleiben.

Die Plakate sind nicht nur zu Ueben. Gerade die großen Bildplakate eignen sich vortrefflich, um Agitationsstrümpf auszurufen, Transparente für Demonstrationen herzustellen usw. Weibst sofort bei der Polizei für Verkehrsnotenpunkte Plakate zum Aufstellen an. Wegen die Gegnerpropaganda unsere Plakate! Neben jedem Gegnerplakat eins von den unseren aufstellen! Nicht die Losungen der Gegner — unsere Losungen müssen die Arbeiterviertel beherrschen!

Alle Gegner-Flugblätter sind zu sammeln und in je zwei Exemplaren an die WZ., Agitprop, sofort einzuliefern.

Rote Wahlhelferlokale dürfen in keinem Arbeiterviertel fehlen. Ab Montag ständig von Agitprop besetzen. Zentrum unseres organisierten Wahlhelferdienstes.

Rote Fahnen und Losungen heraus!

In der letzten Woche kein Betrieb ohne Betriebszeitung, kein Ort ohne Ortszeitung; verwertet die lokalen Vorgänge in selbsthergestellten Handzetteln und Flugblättern. Weibst sofort Demonstrationen an für die letzte Woche. Organisiert Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen, öffentliche Kundgebungen in jedem, auch dem kleinsten Ort. Überall unsere Losung:

Kämpft mit den Kommunisten für Arbeit, Brot, Frieden und Freiheit!

Für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Deutschland! Wählt Liste 4!

Metallarbeiter von Freiburg!

Bei der am Mittwoch stattfindenden Mitgliederversammlung um 19.30 Uhr steht unter anderem auf der Tagesordnung: „Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag.“ Alles andere ist ersichtlich auf den Zetteln, die von den Unterlassierten verteilt sind.



Mann, der das Gedächtnis verlor“ über die Veinwand lief. Der Film zeigte die Verbrüderung zwischen einem russischen und einem deutschen Posten. Die beobachtenden russischen Offiziere gaben den Befehl, Granaten hinüberzuschleudern, wodurch der russische Unteroffizier sein Gedächtnis verlor. Während des Bürgerkrieges lebte Iwan als Knecht bei einer Bäuerin. Iwan lebte seine Zeit dahin, ohne zu wissen, wer er sei. Als nach dem Sieg der russischen Bolschewiki auf dem Bahnhof, wo Iwan lebte, ein Zug einfährt, erblickt Iwan seine bereits verheiratete Frau. Dieser Augenblick bringt einen Lichtschimmer in das unruhige Gehirn. Die Vergangenheit schwirrt ihm durch den Kopf, und das Gedächtnis kehrt zurück. Iwan fährt in seine Heimatstadt St. Petersburg, das jetzige Leningrad. Nach diesen Jahren ohne Gedächtnis hat sich die Stadt während des sozialistischen Aufbaues derart verändert, daß er sich nicht mehr zurechtfindet. Sein früherer „Brotgeber“, den er um Arbeit bestellt, ist enteignet, und die Fabrik gehört den Arbeitern. Der Mund bleibt ihm offen, als er das gute Verhältnis zwischen Arbeitern und Aufsichtspersonal sieht. Jeder Arbeiter ist ein Chef. Iwan kann sich nicht so schnell in die neue Welt finden. Er steht noch stumm und macht unterwürfige, aus der Jugendzeit angeborne Verbeugungen. Die Arbeitskollegen erklären ihm, wie die proletarische Diktatur alles Veraltete, Morache weggefegt hat.

Genosse Bonnich wies in einem Vortrag auf die große Bedeutung der Presse hin und forderte die Anwesenden auf, die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen, die nur die Interessen der Ausbeuter vertreten, hinauszubefördern und dafür die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ aller Werktätigen, zu abonnieren.

Vollbefriedigt verließen die Besucher die Veranstaltungen, mit dem Wunsch, recht bald wieder einmal einen russischen Film sehen zu können.

Jeder Abonnent sei ein eifriger Werber für unsere „Arbeiter-Zeitung“!

Zehn Antworten auf zehn SPD.-Lügen

Die zehn Fragen an die SPD.-Wähler, die im preussischen Wahlkampf in allen kommunistischen Versammlungen zu Beginn verlesen werden, haben bei den sozialdemokratischen Arbeitern große Erregung ausgelöst. Der Parteivorstand der SPD. „antwortet“ im „Abend“, der Spätausgabe des „Vorwärts“, vom 15. April. Mit Lügen und Verdrehungen will er die Tatsachen der sozialdemokratischen preussischen Notverordnungspraxis aus der Welt schaffen.

Jede einzelne Antwort des „Abend“ gibt, daß die zehn Fragen der kommunistischen Partei ausgezeichnet geeignet sind, die arbeitervindliche Politik der SPD. zu entlarven. Wir wollen darum nachfolgend die zehn lügenerischen Antworten des „Abend-Vorwärts“ so an den Pranger stellen, daß diesen Herrschaffen

1. Die Severing-Polizei

In der ersten Frage der kommunistischen Partei wird festgestellt, daß der Polizeetat von 103 Millionen im Jahr 1931 auf 451 Millionen im Jahre 1932 gestiegen sei. Der „Vorwärts“ behauptet, die reinen Polizeikosten würden „nur“ 311 Millionen Mark betragen. Also wäre selbst nach dem „Vorwärts“ der Polizei-Etat gegenüber dem kaiserlichen Deutschland auf das Decifache gestiegen!

Aber selbst das stimmt nicht. Denn außer den reinen Polizeikosten muß man selbstverständlich zum Polizeietat auch die Verwaltungskosten für das Polizeiministerium rechnen, so daß die in der kommunistischen Frage Nr. 1 angegebene Zahl von 451 Millionen absolut richtig ist.

In keiner Antwort bestritt der „Abend-Vorwärts“ nicht die Tatsache, daß der Wohlfahrtsetat für 1932 gegenüber 1931 um 148 Millionen gekürzt wurde. Er versucht sich damit auszuweichen, daß diese Streichung durch Maßnahmen der Brüning-Regierung notwendig geworden sei. Wer aber hat alle Notverordnungen der Brüningregierung ausdrücklich gutgeheißen, wer ist die feste Stütze der Brüning-Diktatur? Das ist die SPD., die preussische Regierung! Kein Vertuschungsmanöver des „Vorwärts“ kann diese Tatsache aus der Welt schaffen.

2. Polizeihunde und Unterstützungsempfänger

Der Lügen-„Vorwärts“ wagt nicht zu bestreiten, daß die in unserer zweiten Frage angegebene Verpflichtungssumme für Polizeihunde richtig ist. Er versucht diese Tatsache dadurch zu verwischen, daß er behauptet, von dieser Summe würden 258 Hunde verpflegt und nicht 745, wie es in unserer Frage heißt. Auch das ist ein Verdrehungsmanöver des „Vorwärts“. Nach dem amtlichen Material sind 745 Polizeihunde im Dienst, deren Verpflegung 460 000 Mark ausgegeben werden. Doch die „Hundehüter“ aus dieser Summe mit verpflegt werden. Bietet nicht an der Tatsache, daß die Kosten pro Polizeihund im Monat 51 Mark betragen.

3. Konkordate und Kinderspeisungen

Der Lügen-„Vorwärts“ behauptet, daß die kommunistische Forderung, der preussische Staat zahle

pro Pfarrstelle 3150 Mark,

„umhies überleben“ sei. Aber der Lügen-„Vorwärts“ hütet sich, eine andere Zahl zu nennen. Er weiß warum. Denn die in den kommunistischen Fragen genannte Zahl von 3150 Mark pro Pfarrstelle ist richtig und die SPD. ist hierfür durch die Zustimmung zu den Konkordaten mit der katholischen und evangelischen Kirche voll verantwortlich.

Die Tatsache, daß der preussische Staat für die Kinderspeisung nur

6 Pfennig pro Arbeiterkind

übrig habe, sucht der „Vorwärts“ dadurch zu verwischen, daß er von der Kinderpeisung der Gemeinden redet. Aber da die Gemeinden vor dem Bankrott stehen, ist das nur ein dummer Schwindel des „Vorwärts“.

Doch die SPD-Regierung in Preußen neben den hunderterten Millionen für Polizei nur 250 000 Mark für Kinderspeisungen übrig hat, muß selbst der Lügen-„Vorwärts“ angeben.

4. 6 Millionen für feudale Rennvereine

Die in der 6. Frage der SPD. gestellte Tatsache, daß die feudalen Rennvereine 6 Millionen von der SPD-Regierung geschenkt bekommen, wagt der „Vorwärts“ gar nicht zu bestreiten. Er sucht sich mit folgenden launen Ausrede zu decken: Die Senkung der Hauszinssteuer ist nicht von der Brüningregierung, sondern von der Reichsregierung durch Notverordnung verfügt worden. Und wer hat diese Notverordnung der Brüningregierung gutgeheißen? Wer toleriert und hilft Brüning? Die SPD., die Regierung in Preußen! Damit ist die Schuld der Notverordnungs-SPD. einwandfrei festgestellt!

5. Millionengeschenke an die Hausagrarien

Auch die Tatsache, daß die Preußenregierung den Hausbesitzern durch Senkung der Hauszinssteuer 160 Millionen Mark schenkt,

wagt der „Vorwärts“ nicht zu bestreiten. Er sucht sich mit folgenden launen Ausrede zu decken: Die Senkung der Hauszinssteuer ist nicht von der Brüningregierung, sondern von der Reichsregierung durch Notverordnung verfügt worden.

Und wer hat diese Notverordnung der Brüningregierung gutgeheißen? Wer toleriert und hilft Brüning? Die SPD., die Regierung in Preußen! Damit ist die Schuld der Notverordnungs-SPD. einwandfrei festgestellt!

6. Millionensubventionen für bankrotte Kapitalisten

Der „Vorwärts“ wagt nicht zu bestreiten, daß die Preußenregierung fast zwei Milliarden Subventionen an bankrotte Kapitalisten gegeben hat. Das Blatt der Arbeiterklasse läßt diese Tatsache mit der Behauptung zu vertuschen, daß „damit die Entlassung von Arbeitern vermieden werden konnte. Wie steht es damit?

Die Schlang-Regel, die 18 Millionen Subventionen erhielt, hat hunderte Arbeiter auf die Straße geworfen. Die nieder-schleisischen Erbenbarone, die 6 Millionen

Subventionen bekamen, warfen tausende Arbeiter auf Straßenpflaster. Die Mansfeld AG. bekam 20 Millionen Subvention, entließ hunderte Arbeiter und führte einen Vohraub von 12 Prozent durch. Der „Vorwärts“ fügt also zu seiner ersten Lüge eine zweite.

7. Severing-Polizei gegen Streikende

Besonders infam ist die „Vorwärts“-Lüge, daß die Severing-Polizei niemals gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden sei. Der „Vorwärts“ zitiert in diesem Zweck einige angebliche „Polizeiberichte“. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Am 19. Juni 1930 schrieb der „Vorwärts“ selbst, daß die Schupo Severings die Mansfelder streikenden Arbeiter „ohne irgendwelche Warnungen mahlos niederhaut“.

Beim Streik der Nordwestarbeiter wurde am 2. Juli 1930 eine Metallarbeiterin vor dem Thymenwert in Oberhausen, die dort Streikposten stand, von der Severingpolizei blutig geschlagen. Dasselbe geschah beim Berliner Metallarbeiterstreik, bei dem Streik der Schamottaarbeiter in Jagna bei Wittenberg, bei dem Streik der Torgauer Landarbeiter.

Im Januar 1931 wurde die Severingpolizei gegen die streikenden Bergarbeiter an der Ruhr und in Oberschlesien in größtem Umfang eingesetzt. Massenstreikposten wurden von der Severingpolizei in vielen Fällen niedergeschlagen und verhaftet.

Zwei Streikposten wurden von der Schupo erschossen.

Alle diese Tatsachen kann man in demselben „Vorwärts“ nachlesen, der heute die eiserne Stirn hat, den Kampf der Severingpolizei gegen streikende Arbeiter abzulügen.

8. Severing und die SA.

Der „Vorwärts“ behauptet, Severing würde das gesamte Material gegen die SA deswegen nicht veröffentlichen, weil dieses Material beim Oberreichsanwalt liege und weil die Veröffentlichung einen Eingriff in ein schwebendes Strafverfahren bilde also strafbar sei. Mit diesen Worten gibt der „Vorwärts“ zu, daß das bisher veröffentlichte Material Severings über die SA nicht zum Bestandteil eines Strafverfahrens gemacht wurde.

Die Tatsache, daß die SA schwerbewaffnet war und Befehle herausgab zur Mobilisierung für den Bürgerkrieg ist nach den Worten des „Vorwärts“ von Severing nicht unter Veröffentlichung einen Eingriff in ein schwebendes Strafverfahren bilde also strafbar sei. Mit diesen Worten gibt der „Vorwärts“ zu, daß das bisher veröffentlichte Material Severings über die SA nicht zum Bestandteil eines Strafverfahrens gemacht wurde.

Damit charakterisiert der „Vorwärts“ vortrefflich die ganze „Aktion“ Severings!

9. „Verbot“ der SA.

In der 9. Frage hatten die Kommunisten das Verbot der SA dem Weiterbestehen der SA gegenübergestellt. Inzwischen ist die SA von der Brüningregierung „verboten“ worden. Darüber gerät der „Vorwärts“, der nicht eine Sekunde gegen das NSB-Verbot jagt, ganz außer sich vor Freude.

Wir fragen dagegen die Arbeiter: Hat nicht die preussische SPD-Regierung jahrelang die SA mit ihrer Polizei beschützt? Wer gibt den Arbeitern die Garantie, daß das SA-Verbot nicht 14 Tage nach den Wahlen vom Reichsgericht wieder aufgehoben wird? Die preussische Regierung lüht

auf Anordnung Groeners das SA-Verbot „ohne Härte“ durch. Die SA kann getarnt weiterbestehen, sie wird haarkam verpflegt. Aber gleichzeitig wird die Verfolgung gegen die Arbeiter verschärft.

Alle diese Tatsachen überführen den „Vorwärts“ als ein Organ zur Wegbereitung für Hitlers Regierungstätigkeit.

10. Millionen für Grafen und Barone

Der Lügen-„Vorwärts“ wagt nicht zu bestreiten, daß die Preußenregierung an die adligen Standesherren 11,3 Millionen Mark Abfindung gezahlt hat. Das Blatt besitzt den traurigen Mut, vor den Arbeitern und Erwerbslosen zu behaupten, „billiger“ hätte die Abfindung nicht durchgeführt werden können. Nun, die russischen Arbeiter und Bauern haben gezeigt, daß man die „Fürstenabfindung“ auch „billiger“ haben kann.

Die zehn Antworten des Lügen-„Vorwärts“ bestätigen vollinhaltlich die Richtigkeit und Wahrheit der kommunistischen zehn Fragen. Nicht eine einzige Frage kann der Notverordnungs-„Vorwärts“ bestreiten, gegen keine einzige Frage kann er auch nur irgendeine Tatsache ins Feld führen.

Das der „Vorwärts“ fast eine ganze Seite auf die Beantwortung von angeblichen „Lügen“ verwendet, zeigt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter immer stärker gegen die Notverordnungspraxis, gegen die faschistischen Polizeimaßnahmen, gegen die Konföderatpolitik der Severing und Braun rebellieren. Unsere unüberleglichen Fragen und Antworten auf die „Vorwärts“-Lügen zeigen jedem Arbeiter, daß die SPD. mit ihrer Notverordnungspraxis in Preußen die Nazis großgezüchtet hat, daß die Polizeimaßnahmen gegen das revolutionäre Proletariat dem Faschismus den Weg ebnet.

Darum rufen wir alle Arbeiter und Werktätigen zum Kampf für ein rotes Preußen, für Arbeit, Freiheit und Brot in einem freien sozialistischen Räte-deutschland! Entscheidet euch für diesen Kampf! Gebt darum eure Stimmen am 24. April der kommunistischen Partei, Liste 4!

Wie die SPD.-Presse infam lügt!

Breslau. Die sozialdemokratische Presse in Schlesien und auch die SPD-Referenten verbreiten in ihren Versammlungen, daß der Genosse Ernst Wollweber aus der SPD. ausgetreten, da er auf der Landtagsliste nicht mehr aufgestellt worden ist. Das ist eine glatte Lüge. Der Genosse Wollweber ist nicht nur weiter Mitglied und Funktionär der SPD., sondern kandidiert auch diesmal auf der Landtagsliste im Wahlkreis Köln, als Kandidat der Binnenschiffer. Der Genosse W. hat uns zu der sozialdemokratischen Lüge folgende schriftliche Erklärung zur Veröffentlichung zugesandt:

„Von Parteigenossen aus Schlesien wird mir mitgeteilt, daß die SPD. neben anderen Wahllügen gegen die SPD. auch das Gerücht verbreitet, ich sei aus der SPD. ausgetreten. Für die Kommunisten und Sympathisierenden der SPD. ist die Lügenhaftigkeit einer derartigen Behauptung offensichtlich. Den SPD.-Arbeitern gegenüber erkläre ich: Eure Führer schwindeln, wenn sie behaupten, ich sei aus der SPD. ausgetreten. Ernst Wollweber.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter beantworten diese Lüge nicht nur mit der Stimmenabgabe für die Liste 4 der SPD., sondern weihen sich als aktive Kämpfer der roten Einheitsfront ein.

Denkt an die SPD.-Wahlseife!

Glück und Brot versprochen sie, Lohraub, Hunger brachten sie!

Werktätige! Arbeiter. Erwerblose! Wenn in diesen Tagen euch massenweise SPD.-Flugblätter in das Haus flattern, wenn ihr an den Plakatsäulen die schönen, lockenden Versprechungen der Sozialdemokratie lest, die um eure Stimme buhlt, dann denkt daran, was dieselbe SPD. bei der letzten Landtagswahl euch versprochen und was sie in Wirklichkeit gehalten hat. Vor genau vier Jahren ließ die SPD. die Möbelwagen durch die Straßen der Städte fahren, auf denen sie mit hohen Lettern verkündete:

Gegen neue Steuern und Zölle!
Gegen Panzerkreuzer! Für Kinderspeisung!
Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

Den Frauen wurden auf den Straßen und den Märkten die berüchtigt gewordenen SPD.-Seifen in die Hand gedrückt, auf denen so liebliche Verse zu lesen waren, wie:

„Im wunderschönen Monat Mai,
Wo alle Knospen prangen,
Da muß die SPD.-Partei,
Zur größten Macht gelangen!“

Oder: „Dieses kleine Seifenstück
Zeigt den Weg zu eurem Glück.
Drum zur Reichstagswahl im Mai
Wählt die SPD.-Partei!“

Der SPD. ist es damals nochmals gelungen, Millionen Wähler irrezuführen. Sie hat sich an der Macht gehalten und regiert nun 14 Jahre ununterbrochen in Preußen.

Was ist aus den Verheißungen und Versprechungen geworden?

Das „kleine Seifenstück“ hat nicht den „Weg zu eurem Glück“ gewiesen, sondern entpuppte sich als ein betrügerisches Agitationsmittel gelissener Demagogen und Volksbetrüger, die gerade das Gegenteil von dem durchgeführt haben, was sie versprochen.

Die SPD. hat sowohl im Landtage wie im Reichstag allen Notverordnungen der Brüningdiktatur zugestimmt. Die SPD.-Minister Braun und Severing haben die neuen Steuern, die Negersteuer, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und die Zölle durchgeführt.

Die SPD. hat dem Bau der Panzerkreuzer zugestimmt, hat Millionen dafür bewilligt, aber die Kinderspeisung abgelehnt.

In Preußen, wo die SPD., wo Braun-Severing regieren, wurden für die Reichen ausgegeben:

für Subventionen an Industrie- und Agrarkapitalisten	2000 Millionen
für fürstliche und adlige Nichtsteuer	11,3 Millionen
für die Kirche	57,7 Millionen
für die Polizei	451 Millionen

den Armen aber genommen: die Ausgaben für die Wohlfahrt um 55 Prozent gekürzt, für Kinderspeisung hat Severing-Preußen nur 250 000 Mark übrig, die Unterstützungen der Erwerblosen und Invaliden wurden rücksichtslos gekürzt, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten wurden durch Notverordnungs-diktatur bis zur Unerträglichkeit abgebaut.

Das ist die Wahrheit, so regiert die Sozialdemokratie und darum, Werktätige, Männer und Frauen, laßt euch nicht einseifen, quittiert den sozialdemokratischen Schaum-schlägern ihren Betrug:

Reiht euch ein in die rote Einheitsfront, kämpft mit uns für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Räte-deutschland!

Wählt Kommunisten, Liste 4!

Elend und Kampf der Landarbeiter

Macht Schluß mit dem System Braun-Severing — Kämpft für Arbeit, Brot und Freiheit schützt die sozialistische Sowjetunion! Wählt am 24. April Liste 4, Kommunisten!

Jetzt ist aber Schluß!

Das Elend der Landarbeitermassen in Preußen-Deutschland ist ins Unerträgliche. Lohnabbau, Deputatenbetrug, Zwangsarbeit, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und unerhörter Junter-erwerb nehmen von Tag zu Tag zu. Landarbeiter, Melker, Forst-arbeiter und Weinbergarbeiter sollen die ganze Last der kapitalistischen Agrarkrise und der Pöungsklaverei tragen.

Die Gutsherren führen eine unerhörte Offensiv auf die Landarbeiter mit dem Ziel der völligen Beseitigung der Löhne. Die Nichtauszahlung der Löhne ist in allen Bezirken zur Massenereignung. Das Tarifsystem wird rücksichtslos durch-gebrochen.

Die Notverordnungen der Brüning und der Braun-Severing-Regierungen sind ein Ausdruck der enorm gesteigerten wirtschaftlichen und politischen Erschütterung des kapitalistischen Systems. Gegenüber den immer verzweifelteren und brutaleren Maßnahmen der herrschenden Klasse Deutschlands zur Lösung der Krise auf Kosten des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, wächst unter Führung der kommunistischen Partei, der KPD, und der roten Verbände auch die Gegenwehr des Landproletariats.

Gegenüber der Offensiv der Unternehmer, des Staates, der Sozial- und Nationalfaschisten steigt im wachsenden Maße die Wille der Empörung und der Wille des Land- und Forstproletariats zum Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Unter Führung des revolutionären Verbandes der Land- und Forstarbeiter und der KPD, wurden im Jahre 1931 annähernd 200 Gutsstreiks geführt. Für einen wesentlichen Teil war der Anlaß zum Streik die Abwehr des Lohnabbaus, teilweise Forderung von Lohnerhöhungen und Auszahlung der rückständigen Löhne.

Streiks zur Zurücknahme von Maßregelungen, Zulassung der Wahl roter Gutsräte und Beseitigung betrieblicher Mißstände wurden ebenfalls in großem Umfange geführt. Die größte Zahl der Streiks war erfolgreich.

Der Landarbeiter in der Sowjetunion

In Sowjetrußland haben die Landarbeiter der Sowjetgüter (Staatsgüter) einen mehr als viermal höheren Lohn als in der Vorkriegszeit. Betrag der Lohn auf den Landergütern vor dem Kriege 50 bis 70 Kopelen (1 bis 1,40 Mark) bei 12- und 14-Stunden-Tag, so beträgt er jetzt bei achtkündiger Arbeitszeit 2,50 bis 2,80 Rubel (5 bis 5,60 Mark) täglich.

In Sowjetrußland ist die Arbeitslosigkeit durch den sozialistischen Aufbau völlig verschwunden.

In der Sowjetunion erhalten die schwangeren Landarbeiterinnen zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung Urlaub unter voller Weiterzahlung des Lohnes. Ferner erhält die Landarbeiterin nach der Entbindung 30 Rubel, einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Kinderwäsche und neun Monate lang acht Rubel monatlich Stillgeld.

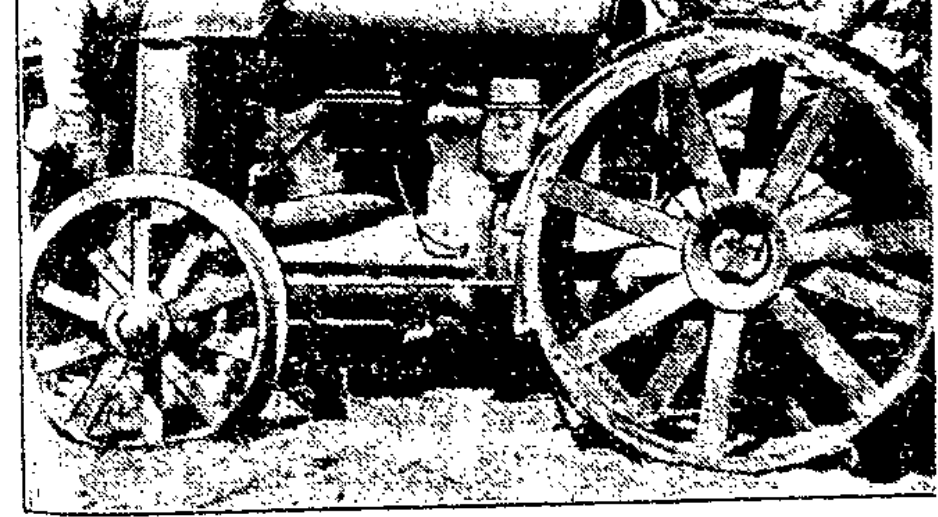
In Sowjetrußland haben die Landarbeiter jährlich 14 Tage, Jugendlichen vier Wochen bezahlten Urlaub, besonders Erholungsbedürftige können Erholungsheime, Sanatorien besuchen.

In der Sowjetunion hat der Landarbeiter die Möglichkeit, auf Staats- und Gewerkschaftskosten sich beruflich Schulen zu lassen (als Traktorfahrer usw.), hat die Möglichkeit, die Hochschulen zu besuchen.

In der Sowjetunion haben die Landarbeiter 1917 ihre Junker, Fürsten und Barone verjagt und sind somit ein Teil der herrschenden Klasse, die in den Sowjets über ihr eigenes Geschick, über die ganze Wirtschaft, über das gesellschaftliche und kulturelle Leben bestimmt.

In Preußen-Deutschland herrschen heute die erblichen Junker wieder, dank dem Verrat der SPD-Führer. Die kapitalistischen Raubtiere der ganzen Welt wollen den Krieg gegen Sowjetrußland, gegen die russischen Arbeiter und Bauern.

Landarbeiter Deutschlands! Verhindert den imperialistischen Raubkrieg! Verteidigt die

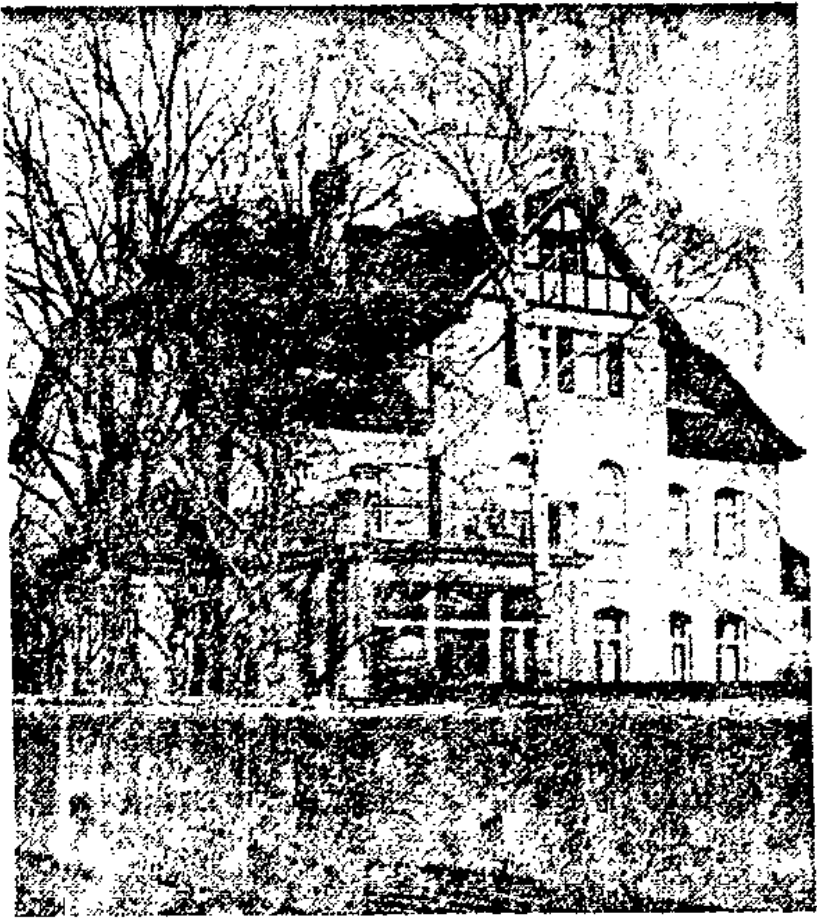


Landarbeiter Deutschlands! Verhindert den imperialistischen Raubkrieg! Verteidigt die

Landarbeiter Deutschlands! Verhindert den imperialistischen Raubkrieg! Verteidigt die

Milliardengeschenke an die Nazi-Junker

Die „notleidenden“ Raubritter von Nr und Halm erhielten während der letzten fünf Jahre von der Reichsregierung und der Preußenregierung durch Steuergeschenke Kredite, Subventionen, Döthilfe und Steuergeschenke die unerhörte Summe von 117.000.000 Mark, also eine Milliarde und einhundert-achtzig Millionen Mark, zugewendet. Den Land- und Forst-arbeitern aber wurden die Löhne, die Deputate, die Erwerbs-losunterstützung und Invalidenrenten gekürzt



So wohnt der Gutsherr und Besitzer der Zuckerfabrik Harney-Bredow . . .



. . . und so wohnt der von Harney exmittierte Landarbeiter!

Sowjetunion! Kämpft unter der Führung der KPD, und des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter und der KPD.

- gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für eine Lohnerhöhung, für eine Tagesarbeitszeit von 2400 Stunden, gegen die Nichtarbeit der Frauen, für gleiche Arbeit gleicher Lohn, gegen das Högängersystem,

- gegen Wohnungselend, für die Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern in sozialer, arbeitsrechtlicher und politischer Beziehung, gegen das faschistische Agrarkapital und die verräterischen DNVP-Führer, sowie gegen die bestialischen Nazi-Führer, gegen den imperialistischen Krieg, gegen das Entem Braun-Severing-Hitler, für ein rotes Preußen in einem Sowjetdeutschland!

SPD. und Nazis gegen Landarbeiter

Gegen nachsichende Anträge der Kommunisten stimmten im preußischen Landtag alle kapitalistischen Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten:

1. Der Abschluß und Ablauf von Tarifverträgen darf nicht in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März erfolgen.
2. Die Frauen der Landarbeiter dürfen nicht zur Lohnarbeit auf dem Gut gezwungen oder verpflichtet werden. Wo Frauen aus eigenem Antrieb Lohnarbeit auf dem Gute verrichten, hat ihre Entlohnung nach dem freigewerkschaftlichen Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu erfolgen.
3. Die Entlassung von Landarbeitern in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 1. Mai des nächsten Jahres ist verboten.
4. Die Verpflichtung landwirtschaftlicher Arbeiter zur Gese-tellung von Högängern ist verboten.
5. Es ist verboten, Landarbeiterfamilien aus den Werks-mohnungen zu exmittieren.

geheures Polizeiaufgebot griff sofort mit allen Mitteln ein und verhaftete 23 Mann die nach Hannover transportiert wurden. Trotzdem sind die Streiks im Kreis Minden glänzend mit Erfolg gekrönt. Es wurde nicht nur der geraubte Lohn, sondern auch der 15prozentige Lohnabbau von vorher zurückgewonnen und nachgezahlt.

Auf dem Gut „Stern“ in Halberstadt trat am 10. Januar die 100 Mann starke Belegschaft gegen einen 25prozentigen Lohnabbau in den Streik. Mit allen Mitteln versuchte der Kreisleiter des DNVP, Köchig, den Streik zu verhindern. Viele Millionen des Streikbrüchigen im Interesse des Junkers scheiterte an der Entschlossenheit der Belegschaft.

Jungarbeiter streiken und siegen!
In Kirchbaum bei Wartenburg baute der Gutsbesitzer den Monatslohn der Högänger um 11 Mark ab. Geschloffen traten die elf Högänger in den Streik. Nach einem Tag Streik wurde der Gutsbesitzer auf die Knie gezwungen, zahlte der alten Lohn weiter und machte die Abzüge rückgängig.

Landarbeiterinnen kämpfen in vorderster Front!
In den letzten Tagen sind in den verschiedensten Gebieten Deutschlands die Landarbeiterinnen gegen Lohnabbau und Junkerabsichtungen in den Streik getreten. In Pommern, dem Rheinland und in Thüringen wollten die Gutsbesitzer den Landarbeiterinnen den Lohn von 18,5 auf 16 Pfennig kürzen. Durch geschlossenen Kampf wehrten die Arbeiterinnen den strechen Anschlag der Gutsbesitzer ab.

So kämpfen Landarbeiter

Einige Beispiele
Im Januar traten im Bezirk Hannover die Belegschaften von sechs Gütern gegen den Lohnabbau in den Streik. Ein un-

Staatssekretär und Landarbeiter

Der SPD-Staatssekretär Dr. Krüger vom Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat folgendes Einkommen:

Jahresgehalt	RM. 19.200,-
Aufwandsentschädigung	RM. 1.200,-
Dienstwohnung	RM. 3.000,-
	RM. 23.400,-

Das macht bei 250 Arbeitstagen pro Tag à 8 Stunden RM. 94,40, pro Stunde RM. 11,50.

SPD. für Rationalisierung der Gutsbetriebe

Der SPD-Abgeordnete des Preussischen Landtages und Gau-leiter des DNVP, Brandenburg sagte auf der Gaukonferenz in Magdeburg am 13. April 1929:

„Aus einer gutgehenden Wirtschaft ist eher etwas an Lohn-erhöhung herauszuholen als aus einer daniederliegenden. Des-halb interessiert es uns außerordentlich, ob die Landwirte, ihre Betriebe durch moderne Wirtschaftsmethoden verbessern oder nicht. Wo es die Landwirte nicht fertigbringen, müssen wir es machen.“

Folgen der Rationalisierung

1. Februar 1928	82 555 erwerbslose Landarbeiter
1. Februar 1929	152 817 erwerbslose Landarbeiter
1. Februar 1930	172 357 erwerbslose Landarbeiter
1. Februar 1931	240 091 erwerbslose Landarbeiter
1. Februar 1932	391 999 erwerbslose Landarbeiter

Rittergut Ziesendorf	
Lohn für	14,00
von	17,00 bis 22,90
12 Stunden	RM. 14,00
Uebersunden	RM. 14,00
Sonntagsstunden	RM. 14,00
1 Tage Deputat	RM. 14,00
Konkord	RM. 14,00
zusammen RM. 115,00	
Hiervon ab:	
Krankenkasse	RM. 10,00
Arbeitsl.-Versich.	RM. 5,00
Invaliden-Versich.	RM. 4,00
Vorschuß	RM. 0,00
Steuer	RM. 0,00
Deputat	RM. 0,00
Dichtgeld	RM. 0,00
Käution	RM. 0,00
zu zahlen RM. 111,00	
Ohne Gewähr, daher beim Empfang zu zahlen.	

Inzwischen ist durch die Notverordnungen der Regierungen Brüning-Braun-Severing der Lohn um weitere 25 Prozent gekürzt worden.

Heraus zum Reichserwerbslosen tag am 19. April!

SPD.-Lügenberichte über Sowjet-rußland

Mit der 18. Sitzung der Bundesausschüsse des "Proletarier" ...

In vielen Menschen geschlachtet und zu Wurst gemacht!

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Das Problem der richtigen ...

Trotz niedrigster Ausnahme-Preise

bekommen Sie außerdem: **4-Pf.-Stück** ausgehandigt.

Für jede volle Mark Ihres Einkaufs an unseren Kassen ein neues

Extra lange Damenstrümpfe schwarz u. farbig verstellbare Ferse und Spitze Paar 29 Pf.	Echt Mako Damenstrümpfe extra lang, Doppelschleife Hochleiste Paar 68 45 Pf.	1 x 1 gestrickte Frauenstrümpfe Hausmarke, alles verstellbar Paar 48 Pf.	Gutewaschkunst Damenstrümpfe feinmasch. Qual. neue Farben 3 Serien Paar 1,15, 75 48 Pf.	Herren-Sportstrümpfe neue Ausmuster melierte Farben Paar 95 68 Pf.	Fünftägige Ersatzfüße farbige u. schwarz verstärkte Ferse und Spitze Paar 25 19 Pf.
Straziersocken Violette, Schweiß-Socken und 1x1-Länge, Paar 48, 35 23 Pf.	Trikot-Einsatzhemd weiß u. makolarb alle Größen 1,75, 1,50 98 Pf.	Echt Mako Herren Hosen gut verarbeitet in 3 Größen durchweg Paar 1,25	Zum Ausbessern v. Herr.-Trikotag. Hals u. Arm Bündchen weiß u. makolarb Stck. oder Paar 20 Pf.	Feintarb. Kinder-Trikot-Schlopler in allen Größen Paar beginn. mit 29 Pf.	Unterkleider feinmasch. Qual. mit Motiven oder Spitzen garnier. Stck. 275 1,85
Trikot-Damen-Schlopler Gr. 44-46 Paar 68 Pf. Gr. 42 Paar 58 Pf.	Dam.-Fräherhemden Stck. Garnierung teilweise mit gestickten Motiven Stück 98 68 Pf.	Weiße Mädchen-Banden leinlädtige Stoffe Stickerie Garn. Gr. 45 Stück Weitere Größe 10 Pf. mehr 45 Pf.	Extra weite Stck.-Damenhemden gute Stoffe reich garniert Stück 2,25 1,85	Praktische weiße Frauenhemden Herzastel- und Bündchenform Stück 2,25 1,75	Dam.-Nachthemden mit Stickerei u. teilweise mit bunten Garnierung Stück 1,95 1,45
3 Serien Jumperschürzen aus gut. Stoffen in vielen Ausführl. 95, 78 Stück 45 Pf.	Frauen-Gummischürze eingestanzte Träg. Farb. St. 95 78 Pf.	Reizende, prakt. Dam.-Wickelschürz. feintarb. buntgarn. Stoffe u. glatt arb. Zephir garniert, St. 1,75 1,35	3 Schläger Strumpfhaltergürtel und Hüftgürtel Dreil. od. Damassé 4 Haler Stück 85, 55 39 Pf.	Gez. Damenkleider Platten, pa. Nessel qual., Kreuz- und Spangstsch. Gr. 42 Jede weitere Größe 15 Pf. mehr 95 Pf.	Gez. Kinderkleider fertig genäht, mit Tasche, mod. Zeich. Größe 45 x 45 cm. Stck. jede weitere Größe 5 Pf. mehr 45 Pf.
Gez. Kinderschürz. a. halbbreit, Nessel mod. Kreuz- und Spangstsch. Gr. 50 Jede weitere Größe 5 Pf. mehr 25 Pf.	2000 große, kräft. Küchenhandtücher grau gestreift, gesäumt u. gebünd. Stück 22	Damast-Handtücher gesäumt u. gebünd. 45x100 cm groß Stück 65 Pf.	Blaue weiß u. rot-weiß kar. Wischtücher 45x55 cm gr. kilt. u. moll. Staubtücher 35x35 je St. 10 Pf.	Halb- u. reinlein. z. T. extra große Gläsertücher 60x60 u. 60x80 cm drechw. Stück 39 Pf.	Weibe Hoblsaum-Damastservietten Gr. 45x45 cm fert. gez., schöne Must. Stück 25 Pf.
Enthalte hundert große, leinereart Tischdecken von 130x160 cm. Mus. Stück 88 Pf.	Linon-Kopfkissen zum Knöpfen, 75x80 cm groß. Stück 58 Pf.	2 Serien Bettdecken schwer Rohnessel Stück Mk. 1,15 aus schwer. Areas herll. Kissenbreite 1,45	1 Posten einzelne Linon-Deckbettzüge zum Knöpfen Stück 1,95	Vorhang-Rohnessel 1,40 cm breit, vollschw. Qualit., Meter 59 Pf.	Bettwäsche-Linon Deckbettbreite Meter 68 Pf. Kissenbreite Meter 39 Pf.
3 Seiten gute kratzfläch. Handtücher mit hübsch. bunt. Stiel, Jacquard-must. Stück 85, 65 45 Pf.	Kinder-Frottee-Laken 2 Größen, 100x160 cm. Stück 1,45, 1,25, 80x100 cm groß, Stück 98 75 Pf.	Bett-Inlett-Garnitur echtrote lederdicke Qual. Deckbettbreite, Mtr. 2,45, Kissenbreite Meter 1,45	Kleiderleinen-Imitat weiche, dicke Zephirqualität, für Hauskleid. Schürz. Kinder-Kleider Meter 28 Pf.	Schweizer Voilvoile 112 cm breit, dicht gestellte schöne Qualit. Meter 85 Pf.	Reinwollener Kleid.-Afghalaine u. Velontine Meter 1,35
Glattarb. reinw. Wolle 160 cm breit, in allen guten Garn. Meter 1,75	Schwer, westfäl. Schürzenleinen 116 cm breit, in neuen, schönen Mustern, breiten Meter 75 Pf.	Dasbest 4 Frauenkleider, herrliche schwere bedruckt. Kleider-theviots doppelreilig bedr. m. Meter 68 Pf.	Kostüm Serge aus Kunstseide, 80 cm breit, in 6 Richt. Mantel-Futter-larben Meter 95 Pf.	2 Posten herrliche Oberhemdstoffe mit klein. Fabrik-techn. pa. Trikolinqualität Meter 75 Pf.	Kleiner Posten Wochenend-Sporthemden m. Krausen u. Binder St. 2,95 1,95
Gummiortenträger Led. oder Gummi-stroppe, darunter ganz schw. Quas. z. Aus-suchen Paar 65 Pf.	Linoleum-Läufer 11. Wahl oder 11. Reiten und Coup. 97 brt., Mtr. 1,30 90 cm breit Meter 95 Pf.	Echtarb. kräftige Schwedenleinen viele mod. Streif. ca. 120 brt., Mtr. 98 68, ca. 80 brt., Mtr. 69 48 Pf.	150 cm breite Etamine weiß kariert sow. gitterförmig, je n. Qua. Meter 39 Pf.	Tischdecken gute kräft. Qualit. aus bedruckt. Rips, St. 1,80	Kunstgarnituren aus gewebt. Füll kräftige Qualit. schöne Ausmuster. 3 teilig Garnitur 2,95 1,85
Bettdecken aus gewebt. Tüll sowie Etamine über 2 Betten, je n. Qual. St. 7,50, 5,75 3,25	Einige hundert Kleiderkragen Passen, Fichus, teilw. a. Kollekt. z. Aus. St. 45 25 Pf.	Kleider- und Mantel-Gürtel i. all. mod. Farb., je n. Qual. St. 65, 45 28 Pf.	Klöppelspitzen und -Einsätze reizend. Muster, in versch. ed. Breiten, Mtr. 10, 8 5 Pf.	1 Post. wunderroll. Wäschestickerie. fein. Filet- u. Gitt. Muster, 3-8 cm breit, Mtr. 35, 25 15 Pf.	Hemdenpassen fein. Stickereien, m. Stck. -Achsel-schluß- u. Träger-Form. St. 65, 48, 28 12 Pf.
Frauen-Waschkleider lg. Arm, schönst. solide. Muster. 5,50, 4,50 3,50	Dam.-Trikotblus halber Arm, alle neue Farb., Perlmutter-Knöpfen garn. Stück 95 Pf.	Mädch. Schalkleid 1/2 Arm, bedruckt. Cheviot, hübsch garniert, 7,5 Jahre Stück pro Gr. 30 Pf. mehr 2,55	Haus-Büro-Jopp. festeglatt. Waschstoffe, versch. ed. graue u. grünl. all. Größen 4,25, 2,95 2,45	Blaue Körper-Monteur-Anzüge schräge od. gerade Jacke od. Hose, je Stück 2,25	Waschkernseife t. Ware 2 Stück 1,8 Pf. Blumenseife Cellophan-pack., 4 St. 2,25 Pf.
1 Kontobuch Braunleim. Hartleim. 42 Pf.	Schulbleistifte Zedernholz 6 Stück 20 Pf.	Porz.-Speiseeller tief oder flach, St. 28 Pf.	Armet-Plättbrett gepolst. Stück 95 45 Pf.	Kartoffelpressen verzinnt, Stück 45 Pf.	Blumenkästen grün, 80 cm 95 Pf.
6 Schreibhefte vorstrukt. Litatur 30 Pf.	Spielkarten deutsche 32 Karten 50 Pf.	Isolier-Flaschen 1, Ltr. m. 32 Ltr. Al.-Trinkt. 50 Pf.	Gartengießkann. 8 Ltr., Weiß- u. eck. Stück 1,50	Plättbretter 8 gepolst. St. 1,95 95 Pf.	Kleiderbügel m. kl. Febl., z. Auss., St. 3 Pf.

Nazilertor auf dem Lande

Brandenburg, Preußen unter den Mitgliedern Hitlers befinden sich ...

Wahlmaterial für einrottes Preußen

Werdet Leser der kommunistischen Presse

Im Erfrischungsraum:

- 2 P. gr. Wienerwürstchen mit Brotchen, zusammen **25 Pf.**
- 1 Tasse gut. Robenkaffee mit Streuselkuchen, zus. **18 Pf.**
- 1 Tasse Schokolade 2 St. Mübengeback, zus. **25 Pf.**

MESSOW
G.m. b. H.
WALDSCHMIDT

Im Erfrischungsraum:

- 3 Brötchen versch. belegt und 1 Glas Bier od. Himbeerwass., zus. **30 Pf.**
- 1 Bratwurst mit Sauerkohl und 1 Glas Bier, zusammen **35 Pf.**
- 1 Bratwurst mit Salat und Brötch., 1 Tasse Fleischbrüh., zus. **35 Pf.**